

Vorabveröffentlichung (erscheint Ende März in kultur politik 1_2022)

**Schriftliches Interview mit der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth**

BBK: Was verbinden Sie mit Bildender Kunst? Welche Rolle nimmt sie in Ihrem Leben ein?

Claudia Roth: Kultur ist für mich ein Grundnahrungsmittel, ich brauche sie wie die Luft zum Atmen. Das gilt ganz besonders auch für die Bildende Kunst. Wann immer ich Zeit habe, besuche ich Galerien und Museen. Und ich bin auch eine leidenschaftliche Kunstsammlerin. Sowohl in meinem Büro als auch bei mir zu Hause in Augsburg und Berlin bin ich von Kunst umgeben. Ich genieße das, denn Kunst inspiriert und fordert mich, sie macht mich kreativ und bringt mich auf neue Gedanken.

Was bedeutet für Sie Nachhaltigkeit in der Kunst? Wie kompatibel sind Kunstfreiheit und Klimagerechtigkeit? Was bedeutet in diesem Zusammenhang Green Culture für den Bereich der Bildenden Kunst?

Der Klimaschutz ist die Überlebensfrage der Menschheit. Gerade die Kultur muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb wird Klimaschutz ein sehr wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit sein. Leider steht der Kulturbetrieb hier noch am Anfang. Aus diesem Grund waren Fragen nach der Vereinbarkeit von Klimaschutz einerseits und Kunstfreiheit oder Kulturaustausch andererseits bislang nur ein Nischenthema. Aber langsam tut sich etwas. Mein Haus fördert zum Beispiel seit dem vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe des Deutschen Museumsbunds, die konkrete Maßnahmen für mehr Umwelt- und Klimaschutz in Museen erarbeitet. Dabei geht es um alle Bereiche des Museumsbetriebs – also um Bauen und Sanieren, um Ausstellen und Konservieren, um Archivieren und Restaurieren, um den Transport von Objekten und Dienstreisen der Mitarbeiter*innen sowie um die Gebäudetechnik und Gastronomie. Darüber hinaus hat die BKM das „Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit in Kultur & Medien“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss wichtiger ökologischer Pioniere im Kulturbereich. In dem Netzwerk wird Fachwissen generiert,

gebündelt und gestreut. Zudem bietet das Aktionsnetzwerk zusammen mit der IHK Köln auch Weiterbildungen an. Im Herbst 2021 haben die ersten 30 „Transformationsmanger*innen Nachhaltigkeit Kultur“ ihre Abschlusszertifikate erhalten, sie werden zukünftig in ganz Deutschland für Kultureinrichtungen arbeiten und dadurch das Thema Klimaschutz in den Institutionen verankern.

Zudem werden wir ein „Green Culture Desk“ gründen – eine zentrale Anlaufstelle, die für Wissenstransfer sorgt und Best-Practice-Beispiele gibt. Denn schon jetzt zeigen viele Kultureinrichtungen und Akteure mit innovativen Ideen, wie eine nachhaltige Kulturproduktion aussehen kann. Die Bildende Kunst wird im Green Culture Desk selbstverständlich auch vertreten sein.

Welche Bedeutung messen Sie freischaffenden Künstler:innen, der Freien Szene und ihren Netzwerken bei? Wie wollen Sie diese stärken?

Durch Corona droht eine Spaltung: die Freie Szene und die Soloselbständigen sind vielfach an ihre Existenzgrenze gekommen – im Gegensatz zu den dauerhaft staatlich geförderten Kultureinrichtungen und den dort tätigen Kreativen. Diese Spaltung müssen wir unbedingt verhindern! Denn die Freie Szene und die Soloselbständigen sind für unser Kulturleben lebenswichtig. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene verstärkt darum bemühen, die Freie Szene besser und nachhaltiger zu fördern. Zudem wollen wir auch ein Kulturplenum zum Austausch von Bund, Länder und Kommunen, von etablierten Häusern und Freier Szene schaffen.

Bildende Künstler:innen stehen – bis auf ganz wenige Ausnahmen – am unteren Ende der Einkommensskala freischaffender Künstler:innen. Bis heute werden viele künstlerische Leistungen nicht vergütet. Wie stehen Sie zur Forderung, die Vergütung aller künstlerischen Leistungen zur Voraussetzung einer Projektförderung zu machen? Wird der Bund dies in seinen Förderrichtlinien verankern?

Kreative müssen von ihrer Arbeit leben können – und es ist die Aufgabe der Kulturpolitik, genau dafür die Rahmenbedingungen zu setzen. Eines meiner wichtigsten Ziele besteht darin, die soziale Lage der Soloselbständigen zu verbessern. Das betrifft nicht nur das Urheberrecht, sondern vor allem die

gesetzlichen Regelungen zur Sozialversicherung. Tatsächlich haben wir uns auch vorgenommen, bei den Kultureinrichtungen und Kulturprojekten des Bundes verpflichtende Honoraruntergrenzen einzuführen. Und ich hoffe sehr, dass wir hier uns mit Ländern und Kommunen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können.

Gerade in der Bildenden Kunst besteht ein skandalöser Gender Pay Gap von deutlich mehr als 20 %. Noch gravierender ist der Gender Show Gap. Der Gabriele Münter Preis ist einer der ganz wenigen Preise nur für Künstlerinnen. Setzen Sie sich dafür ein, dass dieser Preis wieder vergeben wird?

Bei der Gleichberechtigung von Frauen ist der Kulturbetrieb schlichtweg noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Wenn wir uns Jurys und Leitungspositionen ansehen, dann sind dort 51% unserer Bevölkerung im Kulturbereich einfach nicht angemessen repräsentiert. Und der Gender Pay Gap ist im gesamten Kulturbetrieb schlichtweg unerträglich. Auch bei Preisverleihungen werden Frauen häufig aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt. Deshalb ist der Gabriele Münter Preis so wichtig – eine andere Auszeichnung mit der spezifischen Ausrichtung auf Bildende Künstlerinnen ab 40 Jahren gibt es meines Wissens schließlich nicht. Ich werde daher das Gespräch mit meiner Kabinettskollegin Anne Spiegel suchen, deren Ministerium für den Preis zuständig ist.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie unternehmen, um die Kunstfreiheit als zentralen Baustein einer demokratischen Gesellschaft zu schützen und zu stärken?

Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut in einer lebendigen Demokratie. Denn in diesem Raum kann kritisiert und widersprochen werden, kann produktive Reibung für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft entstehen. Ich habe mir vorgenommen, eine Kulturstaatsministerin der Demokratie zu sein. Das bedeutet: Ich werde alles dafür tun, dass Kunst und Kultur die Freiheit und die Bedeutung erhalten, die sie in einer Demokratie brauchen.

Ein Beispiel dafür ist die Aufnahme eines Staatsziels Kultur in unser Grundgesetz. Auf diese Weise würde die außerordentliche Bedeutung der Kultur für unsere

Gesellschaft und unsere Demokratie deutlich hervorgehoben werden. Und für den Gesetzgeber und alle staatlichen Ebenen ergäbe sich der Auftrag, dieses Staatsziel mit Leben zu füllen. Das bedeutet unter anderem: Verwaltung und Gerichte müssten bei der Auslegung von Gesetzen der Kultur einen entsprechenden Stellenwert einräumen.

Neustart Kultur war aus unserer Sicht ein erfolgreiches Modell zur direkten Förderung von Kunst und Kultur. Welche Instrumente wollen Sie beibehalten, welche neu etablieren? Welche Rolle spielt für Sie dabei die Einbeziehung der Interessenvertretungen freischaffender Künstler:innen?

Sowohl NEUSTART KULTUR als auch der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen werden sehr stark nachgefragt. Und die Hilfen kommen auch an. Nur um ein Beispiel zu nennen: Dank der Hilfen von Land und Bund musste bislang keine der über 100 im Landesverband Berlin organisierten Galerien aufgrund von Corona schließen.

Ein entscheidender Grund für den großen Erfolg der bisherigen Hilfsprogramme ist ganz klar die enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, darunter die Interessensvertretungen der freischaffenden Künstler*innen und die Verbände aus dem Bereich der Bildenden Kunst. Denn auf diese Weise konnte mein Haus herausfinden, wo die größten Probleme der jeweiligen Branche liegen und wie der Bund am besten helfen kann. Auf dieses Vertrauensverhältnis zwischen Kulturpolitik einerseits und Zivilgesellschaft und Verbänden andererseits sollten wir in Zukunft aufbauen. Ich will in Zukunft noch besser mit den Kommunen und den Ländern zusammenarbeiten, genau das ist auch das Ziel des Plenums der Kultur, das wir einberufen wollen. Dabei geht es um einen regelmäßigen, strukturierten Austausch von Bund, Ländern, Kommunen und Kulturszene. Wir brauchen einfach ein neues Miteinander in der Kulturpolitik. Denn die großen Herausforderungen unserer Gegenwart können wir nur gemeinsam meistern – von den Folgen der Corona-Krise bis hin zum Klimaschutz.